

**Sozialwohnungen in Landshut**

Die Stadtratsmitglieder Ludwig Zellner, Helmut Radlmeier und Rudolf Schnur richteten eine Plenaranfrage zum Thema „Sozialwohnungen in Landshut“ an Oberbürgermeister Hans Rampf. Sie bezogen sich dabei auf Äußerungen des Vorsitzenden der Landshuter Armutskonferenz, der von einer „Wohnungsnot“ in Landshut gesprochen und darauf hingewiesen habe, dass in den vergangenen Jahren zwar 270 Sozialwohnungen geschaffen worden seien, dass aber im gleichen Zeitraum mehr als 3000 Wohnungen die Sozialbindung verloren hätten.

Hier die einzelnen Fragen der Stadträte:

1. Stimmen die o. g. Zahlen bezüglich des Verlustes von Sozialwohnungen in den letzten 15 Jahren in Landshut?
2. Wie viele Sozialwohnungen gehen im Stadtgebiet 2012, 2013 – 2015 verloren?
3. Was hat die Stadt Landshut in den letzten Jahren getan, um diesem negativen Trend entgegenzuwirken?
4. Was hat die Stadt heuer vor, um preiswerte Wohnungen für Ihre Bürger in Landshut zur Verfügung zu haben?
5. Was hat die Stadt kurz-, mittel- und langfristig vor, um die wörtlich zitierte Aussage des Oberbürgermeisters Rampf in der Tat zu realisieren, die Stadt müsse darauf reagieren?

Oberbürgermeister Hans Rampf antwortete wie folgt:

1. Die Zahlen bezüglich des Verlustes von Sozialwohnungen in den letzten Jahren sind vom Grundsatz her korrekt.  
Hierzu darf auf die Plenaranfrage der Fraktion B90/DieGrünen bzw. deren Beantwortung am 29.05.2009 hingewiesen werden.  
Damals wurde festgestellt, dass in der Zeit vom 01.01.1994 bis 31.12.2008 insgesamt 3.098 staatlich geförderte Wohnungen aus der Sozialbindung entlassen wurden.
2. In den Jahren 2012 – 2015 werden voraussichtlich ca. 360 Wohnungen aus der Sozialbindung entlassen.
3. Durch das Amt für Liegenschaften und Wirtschaft wurden in den vergangenen Jahren mehrfach Gespräche mit allen Landshuter Wohnungsbaugesellschaften wegen des Neubaus von Sozialwohnungen geführt. Den Wohnungsbaugesellschaften wie auch weiteren Dritten wurden dabei mehrfach Grundstücke zu Zwecken des Sozialen Wohnungsbaus angeboten. Allerdings wurde von diesem Angebot nicht Gebrauch gemacht, da die finanziellen Mittel der Wohnungsbaugesellschaften ausschließlich in die Sanierung der Bestandswohnungen geflos-

sen sind, nicht zuletzt auch um deren energetischen Standard wesentlich zu erhöhen.

4. Insbesondere im Zuge der Entwicklung des Kasernenareals „Mitte“ ist beabsichtigt, Grundstücke zu Zwecken des Sozialen Wohnungsbaus zu integrieren und am Markt zu platzieren. Auch wurde aufgrund der Beschlussfassung in der gemeinsamen Sitzung des Bausenats, Liegenschaftssenats und Sozialausschusses ein Runder Tisch Sozialer Wohnungsbau unter Vorsitz von Herrn Bürgermeister Steinberger initiiert, der erste Sondierungsgespräche mit betroffenen Wohnungsbaugesellschaften und weiteren Akteuren in diesem Bereich bereits terminierte, um zielgerichtet ein Forum zu schaffen, das sich mit der Problematik des Sozialen Wohnungsbaus auseinandersetzt.
5. Neben der bereits erwähnten Bereitstellung von Grundstücken zu Zwecken des Sozialen Wohnungsbaus wird im Zuge einer geplanten sukzessiven Ertüchtigung des städtischen Wohnungsbestandes auch die Möglichkeit der Nutzung von Nachverdichtungspotentialen untersucht, um bei gegebenenfalls erforderlich werdenden Ersatzneubauten ein höheres Potential an Wohnungen pro Liegenschaft zu erreichen bzw. die geplante Arrondierung des städt. Wohnungsbestandes zu kompensieren.

Landshut, den 14.02.2012

Hans Rampf  
Oberbürgermeister